

Gutman, Gernot

Article — Digitized Version

Beschäftigungsprobleme im Sozialismus

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gutman, Gernot (1979) : Beschäftigungsprobleme im Sozialismus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 3, pp. 135-140

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135296>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beschäftigungsprobleme im Sozialismus

Gernot Gutmann, Köln

Auch in den Staaten mit sozialistischen Wirtschaftsordnungen gibt es Beschäftigungsprobleme, die von den Kritikern unserer marktwirtschaftlichen Ordnung gern verschwiegen werden. Professor Gernot Gutmann analysiert ihren Umfang und ihre Ursachen. Sein Resümee: Eine Transformation unserer sozialen Marktwirtschaft in eine sozialistische Ordnung würde unsere Unterbeschäftigung mit Sicherheit nicht beseitigen.

Seit 1974 ist auch in der Bundesrepublik Deutschland stärker als in den Jahren zuvor der bedauerliche Tatbestand der Unterbeschäftigung zu beobachten. Dies wird von Kritikern der marktwirtschaftlichen Ordnung gelegentlich sogar mit unverhohlener Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Unterbeschäftigung wird von ihnen als zwangsläufiges und längst zu erwartendes Resultat „kapitalistischer Wirtschaftsweise“ mit ihrer angeblichen „Anarchie der Produktion“ interpretiert und als Bestätigung der Marxschen These vom unaufhaltsamen Niedergang des ungeliebten „Systems“ angesehen, woraus ein vermeintlicher Beweis für seine Unterlegenheit gegenüber dem Sozialismus abgeleitet wird.

Das gibt Anlaß zu prüfen, ob es in den sozialistischen Alternativen zur sozialen Marktwirtschaft, d. h. in den Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Typs und in marktsozialistischen Ordnungen wie der in Jugoslawien, keine Beschäftigungsprobleme gibt. Die Prüfung dieser Frage ist nicht nur von wissenschaftlichem, sondern auch von sehr großem politischen Interesse, weil in der Bundesrepublik in Diskussionen und Publikationen über die Ursachen der derzeitigen Beschäftigungslosigkeit und über die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung häufig ein wenig sibyllinisch die Rede davon ist, man brauche „neue Instrumente“ der Wirtschaftspolitik. Da selten genug konkret gesagt wird, was denn das für Instrumente sein sollen, ist der Verdacht nicht unbegründet, daß dabei mancher an neu aufgeputzte Requisiten aus der Mottenkiste des Interventionismus denkt, durch deren Einsatz in der wirtschaftspolitischen Praxis

dann leicht die Gefahr eines Prozesses der allmählichen Transformation der marktwirtschaftlichen Ordnung in eben eine dieser kollektivistischen Alternativen heraufbeschworen würde. Da es jedoch in diesen Volkswirtschaften, wie im folgenden gezeigt werden soll, sehr wohl auch das Phänomen der Unterbeschäftigung gibt, käme man dadurch letztlich vom Regen in die Traufe – ganz abgesehen von den ökonomischen und politischen Konsequenzen, die solch eine Transformation der Wirtschaftsordnung mit sich brächte.

Formen der Unterbeschäftigung

Volkswirtschaftlich gesehen besteht Unterbeschäftigung dann, wenn ein Teil des vorhandenen Produktionsfaktors Arbeit freiwillig oder unfreiwillig nicht produktiv genutzt wird. Es kann sich dabei um ein quantitatives Phänomen handeln, wenn beschäftigungswillige Personen gar nicht oder nicht während der vollen Arbeitszeit tätig sind, oder um ein qualitatives, wenn Arbeitskräfte zwar beschäftigt sind, aber solche Tätigkeiten verrichten, durch die sie einen geringeren Beitrag zum Sozialprodukt leisten, als es aufgrund ihrer intellektuellen und physischen Fähigkeiten eigentlich möglich wäre. In beiden Fällen ist das vorhandene Arbeitskräftepotential nicht voll ausgelastet.

Unterbeschäftigung muß sich also nicht ausschließlich in statistisch offen ausgewiesener Arbeitslosigkeit manifestieren. Die üblicherweise veröffentlichten Arbeitslosenstatistiken und Arbeitslosenquoten weisen oft nur einen Teil der tatsächlich bestehenden Unterbeschäftigung aus. Der nicht ausgelastete Teil des Arbeitskräftepotentials und damit der wirkliche Grad an Unterbeschäftigung wird nämlich auch durch solche Arbeitskräfte bestimmt, die ihren Arbeitsplatz auch dann behalten, wenn das vom Produktionsvolumen her gesehen gar nicht erforderlich ist (sogenannte versteckte Arbeitslosigkeit). Darüber hinaus sind solche Arbeitskräfte zu berücksichtigen, die ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren und eine andere Tätigkeit übernehmen, die eine geringere Quali-

Prof. Dr. Gernot Gutmann, 49, ist Direktor des Staatswissenschaftlichen (Volkswirtschaftlichen) Seminars der Universität zu Köln und Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

fikation erfordert. Außerdem wird der Grad an Unterbeschäftigung auch durch solche Personen bestimmt, die bisher nicht beschäftigt waren, jetzt aber gern arbeiten würden, sich jedoch deshalb von der Arbeitssuche und von einer Registrierung bei den Arbeitsämtern abhalten lassen, weil für sie offenkundig keine Beschäftigungschancen bestehen¹⁾. Unterbeschäftigung kann sich schließlich auch darin ausdrücken, daß Erwerbspersonen, die im Inland keine Beschäftigung finden, im Ausland arbeiten, ohne daß sich das notwendigerweise in den inländischen Arbeitslosenstatistiken niederschlagen muß. Derartige Formen von Unterbeschäftigung sind vielfach nicht quantifizierbar, und sie lassen sich deshalb statistisch nicht oder nur unzureichend nachweisen.

Bei der Prüfung der Frage, ob es in Volkswirtschaften mit einer kollektivistischen Wirtschaftsordnung Unterbeschäftigung gibt, darf man sich ebenso wie bei den Volkswirtschaften mit einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung nicht damit begnügen, in den Statistiken dieser Länder nach Arbeitslosenzahlen oder nach Erwerbslosenquoten zu suchen. Man muß schon ein wenig tiefer gehen, wenn man das Problem in seinem vollen Umfang erfassen will.

Beschäftigungsprobleme in Jugoslawien

Zunächst sollen die Beschäftigungsprobleme in Jugoslawien betrachtet werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist in Jugoslawien eine Zentralverwaltungswirtschaft nach sowjetischem Vorbild errichtet worden, die in zwei Reformphasen – 1950 bis 1955 und 1960 bis 1965 – in eine marktsozialistische Wirtschaftsordnung umgewandelt wurde. Für den Zeitraum 1965 bis 1970, also nach der zweiten Phase dieser ordnungspolitischen Transformation, ergibt sich aus einem Vergleich der Anzahl der registrierten Erwerbspersonen (ohne Berücksichtigung der Privatwirtschaft) mit den registrierten Arbeitslosen eine durchschnittliche vorläufige Arbeitslosenquote von 7,3 % jährlich²⁾.

Diese statistisch erfaßte Arbeitslosenquote muß jedoch in mehrfacher Hinsicht korrigiert werden, wenn das tatsächliche Ausmaß an Unterbeschäftigung in Jugoslawien in diesen Jahren zumindest ungefähr erfaßt werden soll. Einmal ist zu beachten, daß in den unterentwickelten Regionen des Landes staatliche Arbeitsämter zum Teil noch unbekannt sind, und zum anderen werden oft auch noch solche Personen als Arbeitslose geführt, die längst wieder arbeiten, dies den Arbeitsämtern aber nicht mitgeteilt haben. Außerdem muß die versteckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft in die Rechnung mit einbezogen werden. Jugoslawische Experten schätzen diese auf etwa 1 Mill. Arbeitskräfte. Allein hierdurch erhöht sich die Unterbeschäftigungsquote von durchschnittlich

7,3 % bereits auf etwa 16 %. Ebenfalls hinzuzurechnen sind noch die jugoslawischen Arbeitskräfte, die im Ausland, vorwiegend in Westeuropa, arbeiten. Denn die meisten von ihnen sind nur deshalb im Ausland, weil sie in ihrer Heimat keine Arbeit finden. Im März 1971 waren dies rund 700 000 Personen, wodurch die Unterbeschäftigungsquote auf 22 % steigt. Schließlich muß noch die versteckte Arbeitslosigkeit in der Industrie erfaßt werden, die die Zeitschrift „Borba“ auf 300 000 Arbeitskräfte schätzt. Hierdurch erhöht sich die tatsächliche Unterbeschäftigungsquote auf rund 25 %. Es ist also bei Berücksichtigung all dieser Faktoren davon auszugehen, daß 1971/72 rund ein Viertel der Erwerbsbevölkerung Jugoslawiens nicht produktiv tätig war.

Hohe Unterbeschäftigungsquote

Bis Mitte der 70er Jahre haben sich die Verhältnisse in Jugoslawien offenbar nicht gebessert. Der jugoslawische Wirtschaftswissenschaftler Sirc berichtet, daß 1976 nach Angaben in „Ekonomika politika“ vom 23. 5. 1977 4,925 Mill. Personen in Jugoslawien beschäftigt (ohne Landwirtschaft) und 665 000 Personen arbeitslos waren. Außerdem arbeiteten nach Angaben des jugoslawischen Finanzministers 1975 1,1 Mill. Personen im Ausland³⁾. Unter der Annahme, daß sich diese Zahl nicht veränderte, lassen sich für 1976 6,690 Mill. Erwerbstätige errechnen. Die Zahl der Erwerbslosen in Höhe von 1,765 Mill. ergibt sich aus der Addition der jugoslawischen Gastarbeiter und der Arbeitslosen in Jugoslawien. Hieraus läßt sich – ohne Berücksichtigung der versteckten Arbeitslosigkeit in der Industrie und der Landwirtschaft – eine Erwerbslosenquote von 26,4 % errechnen. Unter der Annahme, daß die Angaben von 1971 über die versteckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft von 1 Mill. Personen und in der Industrie von 300 000 Personen auch noch 1976 gelten, erhöht sich die Unterbeschäftigungsquote noch beträchtlich, und zwar auf mehr als 45 %.

Obwohl die hier verwendeten Zahlenangaben sicherlich in mancherlei Hinsicht ungenau und unzureichend und daher unbefriedigend sind, ist doch zu erkennen, daß es in der marktsozialistischen Wirtschaft Jugoslawiens in sehr hohem Maße Unterbeschäftigung gibt. Sie manifestiert sich als statistisch offen ausgewiesene und als versteckte Arbeitslosigkeit. Es kann hier nicht der Versuch unternommen werden, deren Ursachen

¹⁾ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1967/68, Stuttgart, Mainz 1967, Textziffer 78, S. 41 f.

²⁾ Vgl. M. Hagemann: Allokationsprobleme im System der Arbeiterselbstverwaltung, in: M. Hagemann, A. Klemenčič (Hrsg.): Die sozialistische Marktwirtschaft Jugoslawiens, Stuttgart 1974, S. 193 ff. und die dort angegebenen Quellen.

³⁾ L. Sirc: Ausgewählte Angaben über die jugoslawische Wirtschaftsentwicklung, nicht veröffentlichtes Begleitmaterial zu einem Vortrag, gehalten am 22. 11. 1977 im Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln.

im Detail zu analysieren. Es muß aber wohl nicht näher begründet werden, daß es auch in der jugoslawischen Wirtschaft, der sozialistischen Form einer Marktwirtschaft, freiwilligen Arbeitsplatzwechsel, Strukturveränderungen und Konjunkturbewegungen gibt, so daß es sich hierbei u. a. um friktionelle, strukturelle und konjunkturelle Arten der Unterbeschäftigung handelt. Hierdurch allein wird jedoch das gewaltige Ausmaß des Problems sicherlich noch nicht erklärt. Es ist vielmehr wissenschaftlich hinreichend belegt⁴⁾, daß das große Beschäftigungsproblem Jugoslawiens in sehr starkem Maße in den Eigentümlichkeiten der bestehenden Wirtschaftsordnung wurzelt, insbesondere in der Eigentums- und Unternehmensverfassung und in der damit verknüpften Form des formalen Unternehmensziels, und keineswegs allein auf der Tatsache beruht, daß bestimmte Republiken Jugoslawiens den Charakter von Entwicklungsländern mit deren typischen Beschäftigungsschwierigkeiten aufweisen.

Die bisherigen Fakten und Überlegungen dürften gezeigt haben, daß beschäftigungspolitische Maßnahmen in der Bundesrepublik, die – sei es von den Trägern der Wirtschaftspolitik gewollt oder sei es unbeabsichtigt – eine Transformation unserer sozialen Marktwirtschaft in eine marktsozialistische Ordnung im Gefolge hätten, das Phänomen der Unterbeschäftigung mit Sicherheit nicht beseitigen können.

Beschäftigungsprobleme in der Sowjetunion

Zu beantworten ist noch die Frage, welche Beschäftigungsprobleme in den sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften bestehen. Sehr häufig wird die Ansicht vertreten, ein besonderer Vorzug der Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Typs bestehe darin, daß wegen der zen-

tralen Planung und Steuerung der Wirtschaftsprozesse und wegen der Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes nach der volkswirtschaftlichen Arbeitskräftebilanz eine Stabilität der Beschäftigung gewährleistet und Unterbeschäftigung völlig ausgeschlossen sei. Es gibt jedoch bis auf den heutigen Tag in der Sowjetunion ebenso wie in den anderen Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas in einem beträchtlichen Ausmaß Unterbeschäftigung, die sich allerdings nicht ausschließlich in statistisch offen ausgewiesener Arbeitslosigkeit niederzuschlagen braucht, sondern oft als statistisch nicht erkennbare offene Arbeitslosigkeit und als versteckte Arbeitslosigkeit in Erscheinung tritt.

In der Sowjetunion sind aufgrund historischer, ökonomischer und natürlicher Bedingungen die Arbeitskräfte oft regional so verteilt, daß in bestimmten Gebieten ein großer Arbeitskräftemangel, in anderen dagegen Arbeitslosigkeit besteht. Schon in den 60er Jahren zeigte sich dieses Problem in besonderer Weise bei einem Vergleich zwischen den Ost- und Westgebieten der Sowjetunion⁵⁾. Daneben gibt es eine starke Fluktuation der Arbeitskräfte und damit eine beträchtliche friktionelle Beschäftigungslosigkeit⁶⁾. Sowjetische Untersuchungen geben Aufschluß über die Größenordnung der durch Fluktuation entstehenden Arbeitszeitverluste. Zwischen 1968 und 1972 gingen im Jahresdurchschnitt 176 Mill. Arbeitstage durch Arbeitsplatzwechsel und die damit verbundene Suche nach neuen Arbeitsstellen verloren. Im Jahresdurchschnitt soll jeder fünfte Beschäftigte seinen Arbeitsplatz gewechselt haben. Bei einer durchschnittlichen Dauer der fluktuationsbedingten Beschäftigungslosigkeit von jeweils rund 30 Arbeitstagen soll das zu einem Verlust an jährlicher Arbeitsleistung in Höhe von ca. 1,7 Mill. Beschäftigten geführt haben.

Realität und Anspruch

Beschäftigungsprobleme gibt es in den Zentralverwaltungswirtschaften aber nicht nur deshalb,

⁴⁾ Vgl. hierzu H. J. Hof, U. Wagner: Probleme der Beschäftigungspolitik bei Arbeiter selbstverwaltung, in: H. Hamel (Hrsg.): Arbeiter selbstverwaltung in Jugoslawien. Ökonomische und wirtschaftspolitische Probleme, München 1974, S. 108-134; U. Wagner: Das Zielsystem der selbstverwalteten Unternehmung und sein Einfluß auf Beschäftigung und Beschäftigungspolitik, in: Ch. Watrin (Hrsg.): Studien zum Marktsozialismus, Schriften des Vereins für Socialpolitik NF, Bd. 86, Berlin 1976, S. 35-60; d. ers.: Dritter Weg? Das Jugoslawische Modell und die Wirklichkeit, in: Kirche und Gesellschaft, hrsg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, H. 35, Köln 1976; M. Hagemann: a. a. O., S. 196 ff.; vgl. ferner G. Gutmann: Das Beschäftigungsoptimum für den Produktionsfaktor Arbeit in der marktsozialistischen Unternehmung. Eine modelltheoretische Betrachtung, in: Chr. Watrin (Hrsg.): Studien zum Marktsozialismus, a. a. O., S. 9-34.

⁵⁾ Vgl. B. Lewytkyj: Einige Probleme der Arbeitskräfteversorgung im laufenden sowjetischen Fünfjahrplan, in: Osterreichische Osthefte, H. 5/1969, S. 335-342, hier S. 335.

⁶⁾ Vgl. H.-H. Höhmann, G. Seidenstecher: Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in der Sowjetunion, in: H.-H. Höhmann (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung, Beiträge zur Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in Osteuropa, Köln, Frankfurt 1977, S. 34 f.

MARKETS OUTSIDE EUROPE H. R. Vaughan

Data on 170 countries, Exports, Imports, G.N.P., Tourism, Press, Economy, Agriculture.
448 pages, many photographs. \$ 30 + \$ 6 airpost (Companion to Markets in Europe 1968 \$ 10)
Overseas Directories, Who's Who, Press Guides, Year Books and Overseas Periodical Subscriptions £ 2.50 (Air U.S. \$ 15.00) 380 pages. Paper-cover, 110 pages, Directories only,
£ 1.50 (Air U.S. \$ 8.00). New Products & Services Directory \$ 30.

Publishing & Distributing Co. Ltd. • 177 Regent Street • London W 1

weil die regionale Verteilung der Produktionsstätten häufig nicht deckungsgleich mit der der Arbeitskräfte ist. Auch infolge des technischen Fortschritts werden Arbeitskräfte freigesetzt. Allerdings vollzieht sich dieser Prozeß im Vergleich zu den westlichen Industrieländern ziemlich schleppend. Die Einführung neuer Technologien in den Unternehmungen ist geradezu ein Kardinalproblem dieser Volkswirtschaften, über das auch in offiziellen Berichten häufig genug geklagt wird⁷⁾. Zu seinen Ursachen, die hier im einzelnen nicht näher dargelegt werden können⁸⁾, gehört u. a. die Art der Prämierung betrieblicher Leistungen, die anhand eines Vergleichs zwischen den vorgegebenen Plankennziffern und ihrer tatsächlichen Erfüllung erfolgt. Durch diese Art der Leistungsmessung und der daran geknüpften Prämienbelohnung wird das Interesse der Betriebe an Verfahrens- und Produktinnovationen beträchtlich gesenkt. Wo jedoch derartige Neuerungen stattfinden, führen sie ebenso wie in den Marktwirtschaften auch in den Zentralverwaltungswirtschaften zu einer Unterbeschäftigung des Arbeitskräftepotentials. Dabei kann die Frage, ob sich diese in offener und statistisch ausgewiesener, in offener und statistisch nicht aus-

gewiesener oder aber in versteckter Arbeitslosigkeit niederschlägt, vorläufig unberücksichtigt bleiben.

Zu den Kernthesen der Politökonomie gehören das sogenannte „Ökonomische Grundgesetz des Sozialismus“ und das „Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft“, die beide unter den Verhältnissen einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wirksam werden sollen. Während angeblich die wesentlichen Züge und Erfordernisse des „Ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus“ in der „... Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik“⁹⁾ bestehen, reguliert

⁷⁾ XXV. Parteitag der KPdSU, Dokumente, deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1976, S. 19 f.

⁸⁾ Vgl. hierzu J. R ö p k e : Der importierte Fortschritt. Neuerungsimporte als Überlebensstrategie zentralkoordinierter Systeme, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 27, Stuttgart, New York 1976, S. 223-241.

⁹⁾ Politische Ökonomie, Lehrbuch, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, Berlin (Ost) 1955, S. 471.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Hans-Eckart Scharrer, Dieter Gehrman, Wolfgang Wetter

WÄHRUNGSRIKID UND WÄHRUNGSVERHALTEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN IM AUSSENHANDEL

Diese empirische Untersuchung vermittelt erstmals einen umfassenden und differenzierten Einblick in das Währungsverhalten deutscher ex- und importierender Unternehmen. Die Studie stützt sich auf die schriftliche Befragung von mehr als 700 Firmen aller Größen und Branchen, auf zahlreiche Einzelinterviews mit Unternehmen, Banken und Verbänden und auf bisher unveröffentlichte Daten der Deutschen Bundesbank. Zu den im einzelnen analysierten Problemkreisen gehören unter anderem die Geschäftslaufzeiten im Ex- und Import, die Angebots- und Fakturierungspraxis deutscher Unternehmen, ihr Kurssicherungsverhalten bei Fremdwährungsgeschäften und ihre generelle Einstellung zum herrschenden System floatender Wechselkurse.

Großoktav, 449 Seiten, 1978, Preis brosch. DM 43,-

ISBN 3-87895-168-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

das „Gesetz von der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft“ – so wird behauptet – die Verwendung der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte in der Wirtschaft so, daß dem ökonomischen Grundgesetz zum Durchbruch verholfen wird. Dieses „Gesetz von der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft“ sei ein objektives ökonomisches Gesetz, das im Sozialismus unabhängig vom Bewußtsein und von den Wünschen der Menschen wirke und den Staatsorganen die Möglichkeit biete, die gesellschaftliche Produktion richtig zu planen. Um diese Möglichkeit in die Wirklichkeit umzusetzen, müsse man nur lernen, das „Gesetz“ anzuwenden, indem man Pläne aufstelle, die seine Erfordernisse voll und ganz widerspiegeln. Die durch Beachtung der Erfordernisse dieses angeblichen „Gesetzes“ erreichbare planmäßige, krisenfreie Entwicklung der Volkswirtschaft sei – so wird im sowjetischen Lehrbuch der Politökonomie ausgeführt – „... der größte Vorzug des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus, denn sie sichert eine für die bürgerliche Ordnung unerreichbare Einsparung an Mitteln und eröffnet alle Möglichkeiten für das ununterbrochene, schnelle und allseitige Wachstum der Produktion im Interesse der Volksmassen“¹⁰⁾.

Vergleich mit den OECD-Staaten

Entgegen dieser auch im Westen weitverbreiteten Vorstellung bringt jedoch dieses angebliche „Gesetz“ in der Realität keineswegs eine Wirtschaftsentwicklung hervor, die durch das Fehlen von Disproportionalitäten zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen und durch eine kontinuierliche Zunahme des real erzeugten Sozialprodukts gekennzeichnet wäre. Das beweisen die teilweise recht beträchtlichen Schwankungen der Zuwachsraten des erzeugten Nationaleinkommens und einzelner Komponenten, wie u. a. der Investitionen. Auf die vielfachen Beschreibungen dieses Phänomens und auf die vorhandenen theoretischen Ansätze zu seiner Erklärung kann hier nicht eingegangen werden. Staller kommt jedoch in einer Studie aus dem Jahre 1964, in der er Schwankungen von Gesamtproduktion, Industrieproduktion, landwirtschaftlicher Erzeugung und Bauwirtschaft der Länder des RGW mit der entsprechenden Entwicklung in den OECD-Staaten für die Jahre 1950 bis 1960 vergleicht, zu folgendem Ergebnis: „In allen diesen Vergleichen waren die ausgewiesenen durchschnittlichen Schwankungen bei allen vier Aggregaten im kommunistischen Block größer als in den OECD-Ländern. Nur in der Industrieproduktion liegt das Mittel für die Planwirtschaften dicht am Durchschnitt für freie Marktwirtschaften.“¹¹⁾

¹⁰⁾ Ebenda, S. 486.

Derartige Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität in Zentralverwaltungswirtschaften gehen aber immer mit entsprechenden Schwankungen des Auslastungsgrades des Produktionspotentials, also auch des Arbeitskräftepotentials, einher. Ob sich diese Schwankungen im Beschäftigungsgrad als Zu- oder Abnahme der Zahl offener Arbeitsloser oder als Veränderung des Umfangs der versteckten Arbeitslosigkeit niederschlagen, bleibt dabei offen.

Statistische Probleme

Daß saisonale, strukturelle, konjunkturelle und friktionelle Faktoren in den Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Typs Unterbeschäftigungssituationen hervorrufen, ist ganz offensichtlich. Leider ist es bei diesen Ländern jedoch noch schwerer als in Staaten mit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung, dieses Phänomen quantitativ zureichend zu erfassen. In den Marktwirtschaften besteht trotz aller auch hier bestehender Probleme und Ungenauigkeiten in der statistischen Erhebung zumindest in gewissem Umfang die Möglichkeit, einen Teil jener Unterbeschäftigung zu erkennen, die sich als offene Arbeitslosigkeit äußert. In den Zentralverwaltungswirtschaften dagegen werden von den amtlichen Statistiken im Regelfall – mit Ausnahme von Polen – keine Arbeitslosenziffern veröffentlicht.

In Polen läßt ein Vergleich zwischen den registrierten und statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen mit der Gesamtzahl offener Stellen deutliche Phasen erkennen, in denen die Zahl der registrierten Arbeitslosen die Zahl der registrierten Stellen überstieg. Das gilt für die Jahre 1959, 1963 bis 1965 und 1969 bis 1970¹²⁾. Die in der Statistik wiedergegebenen Zahlen registrierter Arbeitsloser geben jedoch mit Sicherheit die erheblich höheren Gesamtzahlen von Arbeitssuchenden nicht korrekt an. Ein großer Teil der Arbeitslosen läßt sich nämlich bei den Arbeitsämtern nicht registrieren, so daß die effektive Arbeitslosigkeit erheblich über der statistisch ausgewiesenen liegt. Es besteht nämlich keine Meldepflicht, und es wird auch kein materieller Anreiz zur Registrierung geboten, weil es keine Arbeitslosenunterstützung gibt¹³⁾. Nach Schätzungen von Experten muß beispielsweise für das Jahr 1964 die Zahl der registrierten männlichen Arbeitslosen mit einem Faktor zwischen vier und sechs und die der registrierten weiblichen Arbeitslosen mit einem Faktor zwischen sechs und acht multipliziert werden, um die tatsächliche Anzahl der Arbeitssuchenden annä-

¹¹⁾ G. J. Staller: Fluctuations in Economic Activity: Planned and Free-Market Economies, 1950-1960, in: American Economic Review, Vol. 54, Juni 1964, S. 389.

¹²⁾ Vgl. U. Fox: Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in Polen, in: Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung. Beiträge zur Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in Osteuropa, a. a. O., S. 183-246.

¹³⁾ Vgl. ebenda, S. 217 f.

hernd zutreffend zu erfassen. Aufgrund dieser Überlegungen wird in Polen für 1964 eine Erwerbslosenquote zwischen 3,4 und 4,6% geschätzt¹⁴⁾.

Unterbeschäftigung in Form von Arbeitslosigkeit existiert aber nicht nur in der polnischen Zentralverwaltungswirtschaft. Sie besteht zumindest zeitweise auch in der Sowjetunion, obwohl dieses Faktum in der offiziellen Statistik nicht veröffentlicht wird. So berichtet Leytzkyj für die Mitte der 60er Jahre, daß die einseitig betriebene Investitions- und Standortpolitik der vorausgegangenen Jahre zu wachsender Arbeitslosigkeit in den kleineren sowjetischen Städten geführt habe. Nach Angaben des bekannten sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Aganbegian habe in jenen Jahren der Anteil der Arbeitslosen im erwerbsfähigen Alter an der Bevölkerung etwa 8% in den Großstädten und in den kleineren und mittleren Städten sogar 20 bis 30% betragen¹⁵⁾.

Versteckte Arbeitslosigkeit

Die statistisch ausgewiesene und die statistisch nicht ausgewiesene offene Arbeitslosigkeit spiegelt jedoch – ebenso wie in den Marktwirtschaften – nur einen Teil der jeweils bestehenden Unterbeschäftigung wider. Daneben gibt es noch die Form der versteckten Arbeitslosigkeit. Ihr fällt in den Zentralverwaltungswirtschaften ein besonders großes Gewicht zu. Als Beispiel hierfür soll ein Bericht des sowjetischen Ökonomen Florja über das Ausmaß der versteckten Arbeitslosigkeit in den Kolchosen der sowjetischen Republik Moldau in der Mitte der 60er Jahre wiedergegeben werden: „Die jährlich verfügbare Arbeitszeit der Kolchosmitglieder wurde 1965 insgesamt zu nur 62,1% ausgeschöpft, in einzelnen Kolchosen nur zu 44,1%. Es gibt noch viele arbeitsfähige Kolchosmitglieder, die aus einer Reihe von Gründen sich überhaupt nicht an der gesellschaftlichen Produktion beteiligen. Nach den Jahresabschlußberichten der Kolchosen betrug 1964 die Zahl der arbeitsfähigen Kolchosmitglieder, die nicht einen einzigen Tag abarbeiteten, 36 500, 1965 37 000.“¹⁶⁾

Das Phänomen der versteckten Arbeitslosigkeit existiert aber nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der gewerblichen Wirtschaft. Dem Verfasser wurde – und auch das soll lediglich als ein in seiner quantitativen Dimension sicherlich nicht jederzeit zu verallgemeinerndes Beispiel dienen – vom Produktionsdirektor eines Unternehmens in einer der osteuropäischen Zentralverwaltungswirtschaften im persönlichen Gespräch glaubhaft versichert, daß der Produktionsausstoß des Unternehmens mit den vorhandenen Anlagen mit 1700 Arbeitskräften bewältigt werden könnte; die tatsächliche Belegschaft umfaßte jedoch 3000 Personen.

Die versteckte Arbeitslosigkeit hat in den Zentralverwaltungswirtschaften viele Ursachen. Zu ihren wichtigsten dürften die Schwierigkeiten gehören, die bei der Einführung des technischen Fortschritts auftauchen und die u. a. wieder mit der Art der betrieblichen Leistungsprämierung zusammenhängen. Diese verleitet die Betriebe in einem hohen Maße dazu, sich stille Material- und Arbeitskraftreserven zu verschaffen, um mit ihrer Hilfe die prämierelevanten quantitativen PlanKennziffern leichter erfüllen zu können¹⁷⁾.

Geringe Arbeitsproduktivität

Das Horten von Arbeitskräften seitens der Betriebe vermindert aber einerseits das Arbeitsangebot und signalisiert dadurch einen Arbeitskräftemangel, der in diesem Ausmaß real gar nicht besteht, und erhöht andererseits die Arbeitsnachfrage. So ergibt sich der auf den ersten Blick paradox erscheinende Tatbestand, daß die zur Zeit in der Sowjetunion und in der DDR bestehende vermeintliche Arbeitskräfteknappheit zumindest teilweise Indikator für Unterbeschäftigung bei geringer Arbeitsproduktivität und ungenügendem technischem Fortschritt ist.

Untersuchungen zeigten, daß die Arbeitsproduktivität der DDR-Wirtschaft rund zwei Drittel bis drei Viertel der Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik ausmacht. Gleitze kommt daher zu folgendem interessanten Ergebnis: „Es würde in der DDR eine plötzliche Anhebung der Arbeitsproduktivität auf das gegenwärtige Niveau der Bundesrepublik zwangsläufig über zwanzig Prozent der dortigen Arbeitskräfte freisetzen; denn jedes Zurückbleiben, aber auch das zeitweilige Absinken von Arbeitsproduktivität verschleiert eine entsprechende (latente) Arbeitslosigkeit... Anders formuliert heißt das wiederum, daß erst bei etwa 25 Prozent Arbeitslosigkeit oder entsprechender Kurzarbeit die Bundesrepublik eine relativ gleich schwache Nutzung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials zu erwarten hätte, wie sie trotz aller Fortschritte gegenwärtig in der DDR besteht...“¹⁸⁾.

¹⁴⁾ Vgl. A. S. W. Koch, P. Unger: Arbeitslosigkeit in einem sozialistischen Land? Analyse der Erwerbslosigkeit in der Volksrepublik Polen, in: Sozialer Fortschritt, 23. Jg., H. 7-8/1974, S. 176 bis 185, hier S. 182.

¹⁵⁾ Vgl. B. Lewytzkyj, a. a. O., S. 335 und die dort angegebene Quelle.

¹⁶⁾ A. M. Florja: Problemy povysenija zanjatosti trudovyh resursov, na primere sel skogo chozajstva Moldavii (Probleme stärkerer Beschäftigung der Arbeitsressourcen am Beispiel der moldauischen Landwirtschaft), in: Vestnik Moskovskogo universiteta, serija ekonomika, 4/1968, S. 67-73, hier zitiert nach der auszugswweisen Übersetzung in Europa Archiv, Jg. 1969, S. A 282 bis A 285, hier S. A 284.

¹⁷⁾ Vgl. U. Wagner: Interessenkonflikte zwischen politischer Führung und Betriebsleitungen in sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaften, dargestellt am Beispiel der Industrie Mitteldeutschlands, Diss. Marburg 1967; vgl. ferner G. Gutmann: Funktionsprobleme der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 28, Stuttgart, New York 1977, S. 78-107, hier S. 102 ff.

¹⁸⁾ B. Gleitze: Die Produktionswirtschaft der DDR im Wettbewerb mit der westlichen Industrielwelt, in: B. Gleitze u. a. (Hrsg.): Die DDR nach 25 Jahren, Berlin 1975, S. 13-64, hier S. 62 f.